

Vertrag regeln. Kürzlich wurde ein neuer Anlauf zur Lösung dieser offensichtlich schwierig gewordenen Frage unternommen.

Beim *Religionsunterricht* hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan. In diesem Jahr endet die sogenannte Probezeit, die mit der Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen im Jahre 1991 begann. Die Zahl der Religionslehrer ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. In Kroatien werden insgesamt etwas über 3000 Religionslehrer gebraucht. In diesem Schuljahr waren es insgesamt 2351, davon 2035 in den Grund- und 316 in den Mittelschulen. In der Grundschule besuchen ca. 85 Prozent und in der Mittelschule ca. 60 Prozent der Schüler den Religionsunterricht. Die Lehrpläne wurden erneuert und dementsprechend auch die Schulbücher. Durch den neuen Vertrag über die Zusammenarbeit in Erziehung und Kultur beruht der Religionsunterricht nicht mehr auf Erlassen des zuständigen Ministers, sondern hat eine gesetzliche Grundlage.

Bei einem katechetischen Kolloquium vom 30. April bis 2. Mai in Zagreb zum Thema: „Die aktuelle Lage des schulischen Religionsunterrichts und der Gemeindekatechese“ hat man darauf hingewiesen, daß seit der Wiedereinführung des Religionsunterrichts in die Schule die Gemeindekatechese sehr vernachlässigt wurde. Wenn man sie jetzt wieder mehr fördern will, muß man – so die Warnung der Fachleute – beachten, daß die Gemeindekatechese keine Kopie des schulischen Religionsunterrichts sein kann, sondern etwas, was eng an das Leben der christlichen Gemeinde gebunden ist. Reli-

gionsunterricht und die Katechese seien zwei verschiedene, aber komplementäre Bestandteile der einen katholischen Glaubenserziehung und Ausbildung. Die Kirche in Kroatien ist auf der Suche nach der richtigen Form der Gemeindekatechese und nach ihrem Verhältnis zum Religionsunterricht; sie sei eigentlich im Rahmen der gesamten Gemeindepastoral zu suchen.

Wie angedeutet, bemüht sich die Kirche in Kroatien, authentisches Zeichen des christlichen Lebens in der Gesellschaft zu sein. Gewiß ist sie eine sehr anerkannte Institution. Ihre Autorität bei den Gläubigen wie auch bei vielen fernstehenden Christen oder auch bei den einstigen Atheisten, die sich heute als Agnostiker verstehen, ist beträchtlich. Allerdings ist sie noch sehr traditionell geprägt und stark in ihrer Geschichte verwurzelt. Beim Gottesdienst am 30. Mai, dem kroatischen Staatsfeiertag, sagte Erzbischof Bozanić in seiner Predigt: „Wir wollen betonen, daß eine echte Volks- und Heimatliebe eine Tugend ist, zu der die katholische Kirche die Gläubigen im kroatischen Volk ständig anregt.“

Heute muß sich die Kirche stärker auf die Zukunft hin öffnen. Auf diesem Weg ist kaum größere Aufbruchstimmung zu erwarten. Eher ist eine gewisse Müdigkeit festzustellen, die als Folge der vergangenen schwierigen Jahre, der zu geringen Zahl der Priester und ihrer Überforderung zu verstehen ist. Im Prozeß der Erneuerung der Kirche, ausgehend von den bestehenden Aufgaben und Problemen und von den vorhandenen Kräften, ist in nächster Zeit deshalb nur mit kleinen Schritten zu rechnen.

Djuro Zalar

Kurzinformationen

Römischer Veranstaltungskalender für das Jahr 2000

Ende Mai stellte das römische Komitee für das Jubiläumsjahr 2000 (Präsident: Kardinal *Roger Etchegaray*) den Kalender für die gesamtkirchlichen Jubiläumsveranstaltungen vor (*Osservatore Romano*, 27.5.98). Am 24. Dezember 1999 wird das „Heilige Jahr“ 2000 mit der Öffnung der „Heiligen Pforte“ in Sankt Peter beginnen, die zum Abschluß des Jubiläumsjahres am 6. Januar 2001 wieder geschlossen wird. Über das Jahr 2000 verteilt sind Jubiläumsfeierlichkeiten der verschiedenen Berufsgruppen in Rom vorgesehen, von den Journalisten über die

Landwirte und Gewerbetreibenden bis zu Militär und Polizei. Teil der Jubiläumsfeierlichkeiten sind mehrere große Kongresse in Rom, so im Juni 2000 ein Eucharistischer Weltkongreß, im September ein Marianisch-Mariologischer Kongreß, im Oktober ein Missionarisch-Missiologischer Kongreß und im November ein Kongreß für das Laienapostolat. Im August 2000 finden in Rom die fünfzehnten Weltjugendtage statt, im Herbst die zehnte ordentliche Vollversammlung der Bischofssynode. Für den 8. Oktober sieht der Kalender eine Weihe des neuen Jahrtausends an den Schutz Marias vor. Das Jubiläumsjahr über sind in Rom große Feiern zu jedem der sieben Sakramente vorgesehen, außerdem

Gottesdienste in allen Riten der katholischen Kirche, auch im ambrosianischen und mozarabischen. Am 11. Juni 2000 soll ein Tag des Gebets für die Zusammenarbeit unter den Religionen stattfinden, am 3. Oktober ist ein Tag für den christlich-jüdischen Dialog vorgesehen. In seinen Ausführungen zum Kalender für die zentralkirchlichen Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr 2000 bezeichnet das Komitee für das Jubiläum diesen Kalender als einen „sakramentalen“, römischen, universalen, ökumenischen, an der Volksfrömmigkeit orientierten und auf Maria hin ausgerichteten. Noch nicht enthalten ist im jetzt veröffentlichten Kalender das geplante „panchristliche Treffen“ im Jubiläumsjahr. Der Kalen-

der enthält nur eine Veranstaltung, die im „Heiligen Land“ stattfindet, am 25. März 2000 in der Verkündigungskirche von Nazareth.

Bischof Kasper zur Bedeutung der Eucharistiefeyer

In einem am 5. Juni veröffentlichten Brief an die Gläubigen seiner Diözese hat Bischof *Walter Kasper* von Rottenburg-Stuttgart zur Besinnung auf Bedeutung und unverzichtbare Grundgestalt der Eucharistiefeyer aufgefordert. Der Brief, der auf die Diskussion über die römische Instruktion über die Beteiligung der Laien am Dienst der Priester vom November 1997 reagiert (vgl. HK, Dezember 1997, 598), betont u. a., der Gottesdienst sei kein „Service, der sich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage vorrangig an den Bedürfnissen oder Wünschen von bestimmten ‚Zielgruppen‘ orientiert“. Eine „Wort-Gottes-Feier“ anstelle der sonntäglichen Eucharistiefeyer könne nur eine Notlösung sein. Aus dieser Not eine Tugend zu machen, sei nur um den Preis des Kirche- und Katholischseins möglich. Es müsse das pastorale Ziel sein, möglichst vielen Gemeinden die *eine* sonntägliche Eucharistiefeyer zu ermöglichen. Die *kooperative Pastoral* im Zusammenwirken von Priester als Gemeindeleiter, hauptamtlichen und ehrenamtlichen pastoralen Diensten und dem Kirchengemeinderat könne auf Dauer nur durchgehalten werden, „wenn die einzelnen pastoralen Dienste sich nicht gegeneinander profilieren, sondern ihr je eigenes Profil haben und das der anderen Dienste anerkennen und wertschätzen“. Kasper betont den engen und unlösbaren Zusammenhang zwischen dem Wortgottesdienst und dem in engerem Sinn sakramentalen Teil der Eucharistiefeyer und erinnert dabei an die geltenden kirchenrechtlichen Bestimmungen: „Pastoral- und Gemeindereferentinnen bzw. -referenten haben keinen Auftrag des Bischofs, innerhalb der Eucharistie die Homilie zu halten.“ In Situationen, in denen es ei-

nem Priester „in begründeter Weise“ nicht möglich sei, die Homilie zu halten, sei es angebracht, „daß ein dazu befähigter Laie ein geistliches Wort an die Gemeinde richtet, das freilich von der Homilie unterscheidbar sein sollte“. Der Brief erinnert auch daran, daß es feste Teile der Eucharistiefeyer gebe, besonders die eucharistischen Hochgebete, „welche der individuellen Willkür und dem persönlichen Gestaltungsspielraum entzogen sind“.

Weltweite Initiative kämpft gegen Kinderarbeit

Die unverzügliche Abschaffung der „unerträglichsten Formen“ von Kinderarbeit sowie Vorrang und internationale Unterstützung für bildungspolitische Programme fordert eine einzigartige, weltweite Bürgerinitiative, der sogenannte „Global March“, gegen Kinderarbeit. Armut sowie wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit müßten bekämpft werden, jene Faktoren also, die für die Entstehung und das Ausmaß der Kinderarbeit mitverantwortlich sind. Umfassende Hilfe für ehemalige Kinderarbeiter sei ebenso notwendig wie die Verbesserung der sozialen Lagen ihrer Familien. Alle Staaten sollten die internationalen Konventionen und nationalen Gesetze über Kinderarbeit und Schulbildung umsetzen und ratifizieren. In etwa 100 Ländern der Erde beteiligen sich mittlerweile insgesamt mehr als 700 Organisationen an der Initiative. An dem deutschen Aktionsbündnis zur Unterstützung des Marsches unter dem Leitwort „Ausbildung statt Ausbeutung“ sind unter anderem das bischöfliche Hilfswerk Misereor, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund beteiligt. Im Januar dieses Jahres hatte der weltweite Marsch gegen Kinderarbeit mit 15 000 Kindern in Manila begonnen; im Februar war eine zweite Gruppe in São Paulo, eine dritte im März in Kapstadt gestartet. Alle drei Gruppen trafen dann in Europa zusammen, wobei ein Teil des „Marsches“ auch über deutsche Städte führte. Auf

drei verschiedenen Routen zog der Marsch – noch etwa 500 Kinder aus allen Teilen der Welt – weiter nach Genf, wo seit Anfang Juni die 86. Session der Internationalen Arbeitskonferenz (ILO) tagte. Neben den Beratungen über eine neue Grundsatzerklärung der ILO bildete die Kinderarbeit das Schwerpunktthema der Konferenz. Nach jüngsten ILO-Angaben waren 1995 in den Entwicklungsländern weltweit etwa 250 Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und 15 Jahren arbeitsfähig.

Kirchen warnen vor Störung der deutsch-tschechischen Aussöhnung

Auf Kritik von kirchlicher Seite stießen Forderungen auf dem diesjährigen Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg. Unter anderen hatte dort der bayerische Ministerpräsident *Edmund Stoiber* die tschechische Regierung aufgefordert, die sogenannten Benesch-Dekrete für ungültig zu erklären, in denen nach dem Zweiten Weltkrieg die Vertreibung der Sudetendeutschen gerechtfertigt worden war. Mit Bezug auf diese Äußerungen warnte anlässlich einer Tschechien-Reise der Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, *Hermann von Loewenich*, vor einer solchen Forderung. Es entspreche dem Geist christlicher Versöhnung, daß Tschechien ohne Vorbedingung Mitglied in der Europäischen Union werde. Man dürfe nicht blind alten oder neu auflodernden Emotionen folgen. Die Folgen, die eine formalrechtliche Veränderung der nach dem Krieg entstandenen Gesetzeslage mit sich brächte, seien unabsehbar und würden in der tschechischen Bevölkerung zu großer Verunsicherung führen. Auch die Synode der Evangelischen Kirche der Union hatte appelliert, die deutsch-tschechische Versöhnung nicht durch unangemessene Forderungen aufs Spiel zu setzen. Erklärungen zur Aussöhnung zwischen beiden Völkern müßten unverändert und ohne alle

Einschränkungen fortgelten, erklärten die Synodalen in einem Brief an die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder. Auch der Vorsitzende der sudetendeutschen katholischen Ackermannsgemeinde, *Walter Rzepka*, wandte sich gegen die Forderung nach Aufhebung der Dekrete; sie bildeten die Grundlage der gesamten tschechischen Eigentumsordnung der letzten 50 Jahre. Diese außer Kraft setzen zu wollen, sei illusorisch. Das einzig Sinnvolle bleibe eine moralische Distanzierung von den Dekreten durch die heutige tschechische Regierung, erklärte Rzepka anlässlich des Mainzer Katholikentages. Anfang Juni hatte die Ackermann-Gemeinde in einer Stellungnahme zum Beginn der Tätigkeit des in der Deutsch-Tschechischen Erklärung festgeschriebenen „Zukunftsfonds“ (vgl. HK, Februar 1997, 62 ff.) den Beschluß zur Auszahlung finanzieller Hilfen für die Opfer des Nationalsozialismus begrüßt. Dies sei „ein richtiger und notwendiger Schritt“, die in der Vergangenheit zugefügten Wunden zu heilen. Gleichzeitig plädierte die Ackermann-Gemeinde aber auch dafür, ebenso diejenigen sudetendeutschen Opfer tschechoslowakischer Gewalt zu entschädigen, die nach der Gesetzeslage der Bundesrepublik Deutschland für ihre Körperschäden oder für erlittenen Freiheitsentzug keine Entschädigung erhalten hätten. Bei dieser Forderung

gehe es nicht um verlorenes Eigentum oder ideelle Schäden infolge des Verlustes der Heimat, sondern darum, alle Opfer ungerechter Gewalt gleich zu behandeln.

Caritas Schweiz zur Migrationspolitik

Caritas Schweiz und die regionalen Caritas-Stellen arbeiten mit Flüchtlingen und Asylsuchenden und überdies mit benachteiligten Migrantinnen und Migranten, und deshalb müssen sie sich die politische und inhaltliche Ausrichtung dieser Arbeit immer wieder überlegen – zumal wenn Veränderungen der Wirtschaftslage neue Herausforderungen an den Umgang mit Zugewanderten und damit auch an die schweizerische Migrationspolitik zur Folge haben. Mit dem jüngsten Positionspapier „Integration heißt Partizipation“ dehnt Caritas Schweiz ihre Überlegungen und ihre bisher wahrgenommenen Aufgaben in der Betreuung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen auch auf andere Gruppen von Migrantinnen und Migranten aus. Zum einen will sich Caritas Schweiz damit im Rahmen der gegenwärtig in der Schweiz stattfindenden Diskussion über das Thema positionieren; zum andern will sie Kristallisationspunkte und Handlungsperspektiven einer Integrationspolitik

skizzieren. Der erste Teil des Papiers bietet so eine Begriffsklärung und Definition eines integrationspolitischen Leitbildes. Dabei setzt das Papier ganzheitlich an, indem Integration als ein umfassender und vielschichtiger Prozeß, der alle Mitglieder der Gesellschaft betrifft, wahrgenommen und definiert wird, „als Leistung, die jeder Mensch erbringt, um sich in seinem gesellschaftlichen Umfeld bewegen zu können. Integration ist für jeden Menschen die grundsätzliche Herausforderung, sich in seiner Umwelt zurechtzufinden. Erfolgreiche Integration vermittelt Wohlbefinden und Zugehörigkeit, ermöglicht die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen und fördert die Entfaltung persönlicher Perspektiven und Lebensentwürfe“. Der angemahnte Perspektivenwechsel geht nicht zuletzt davon aus, daß eine Integrationspolitik der Vielfalt und Unterschiedlichkeit sowohl der einheimischen als auch der zugewanderten Bevölkerung gerecht werden muß. Dies verlangt unter anderem, daß die Integrationsbemühungen auch auf jene Einheimischen ausgerichtet werden, die sich durch die Anwesenheit von Zugewanderten bedroht fühlen. Der zweite Teil des Papiers führt unter dem Titel „Kristallisationspunkte und Handlungsperspektiven“ Orte auf, an denen Integration stattfindet bzw. stattfinden muß, und benennt die darin involvierten Akteure, Akteurinnen und Akteurguppen.

Bücher

ERHART NEUBERT, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Ch. Links Verlag, Berlin 1998. 969 S. 48,- DM.

Man sollte sich vom Umfang dieses fast tausendseitigen und dazu noch engbedruckten Wälzers nicht abschrecken lassen. Die Lektüre lohnt sich: Erhart Neubert, lange Jahre Pfarrer in Thüringen, dann Referent in der

Studienabteilung des DDR-Kirchenbundes und derzeit Mitarbeiter der Gauck-Behörde, hat nicht nur ungeheuer viel Material (auch unveröffentlichtes) zusammengetragen. Er hat es auch verstanden, diese Materialfülle so zu gliedern und einzuordnen, daß ein instruktives und gleichzeitig lebendiges Gesamtbild der Geschichte der Opposition in der DDR von der Staatsgründung bis zum Mauerfall im

November 1989 entsteht. Das Buch berücksichtigt die ganze Bandbreite oppositioneller Gruppen, Strömungen und Initiativen in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte, beleuchtet die jeweiligen Konzepte und Aktionsformen, schildert die staatlichen Gegenmaßnahmen und fragt auch nach dem Bild der DDR-Opposition in der Bundesrepublik. Natürlich ist durchgängig die evangelische Kirche